

pm 24/ Hamburg, 07. Juni 2016

Bündnis für das Wohnen: Mangelhaft bei Flächenversiegelung und Klimaschutz

Die heute unterzeichnete Vereinbarung zum „Bündnis für das Wohnen“ blendet wesentliche Probleme einer nachhaltigen Stadtentwicklung aus. Es wird eine Neubaurate von 10.000 Wohneinheiten pro Jahr verkündet, ohne dabei aufzuzeigen, wo das notwendige Bauland herkommen und der gesetzlich vorgeschriebene Ausgleich erfolgen soll. Die wenig ambitionierten Zielvorgaben im Klimaschutz verspielen zudem die Chance, im Neubau und im Gebäudebestand Energie zu einzusparen und die CO₂-Emissionen für Hamburg weiter zu senken.

„Die neue Schlagzahl von 10.000 Wohnungen pro Jahr ignoriert das Problem der zunehmenden Flächenversiegelung in Hamburg. Stadtentwicklungspolitisch ist das verantwortungslos“, so Manfred Braasch, Landesgeschäftsführer des BUND Hamburg. Außerdem sei zu befürchten, dass die Eckpunktevereinbarung zum Bündnis für das Wohnen kaum das Papier wert ist, auf dem sie steht. Dort wurde festgelegt, dass Flächen innerhalb des zweiten Grünen Ringes von Bebauung freigehalten werden sollen. Dazu zählen unter anderem die innerstädtischen Landschaftsachsen und Parkanlagen. Gegen diese Festlegung wird schon jetzt verstoßen wie am Beispiel der aktuell geplanten Bebauung des Öjendorfer Parks („Östlich Haferblöcken“) deutlich wird. Diese Fläche liegt in einer Parkanlage im Zweiten Grünen Ring und ist zudem Bestandteil der Horner-Geest-Achse und dürfte daher entsprechend den Vorgaben des Bündnisses gar nicht bebaut werden.

Enttäuschend fallen auch die Aussagen zum Klimaschutz im Bündnis für das Wohnen aus. So wurde beispielsweise die Chance vertan, die ab 2021 ohnehin geltenden Vorgaben der EU für den Neubaustandard schon jetzt aufzugreifen. Dies hätte rechnerisch bis 2021 beim Neubau von rund 50.000 Wohnungen für mehr Klima- und Ressourcenschutz sorgen können. Auch eine konkrete Steigerung für die derzeit deutlich zu niedrige energetische Sanierungsrate im Wohnungsbestand ist nicht Bestandteil der Vereinbarung.

„Die Wohnungswirtschaft hat sich erfolgreich gegen stärkere Vorgaben im Klimaschutz gewehrt. Anstatt sich an die Spitze der Bewegung zu setzen, fällt die einstige Umwelthauptstadt Europas wieder ins Mittelmaß zurück“, kritisiert Manfred Braasch.

Wichtiger Hinweis: Gemeinsam mit der HCU veranstaltet der BUND Hamburg am 24.06.2016 eine Fachtagung zum Thema Stadtentwicklung und Naturschutz. Nähere Infos unter: www.bund-hamburg.de

Für Rückfragen: Paul Schmid, BUND-Pressesprecher, Tel. (040) 600 387 12